

Antrag auf Ablehnung des_r vorsitzenden Richter_in

Richter_in ... ist wegen des Verdachts der Befangenheit abzulehnen, da er mir nicht im vorgeschriebenen Ausmaß rechtliches Gehör gewährt und so meine prozessualen Rechte empfindlich beschneidet.

Begründung: Ich habe in der Hauptverhandlung am _____ eine Erklärung zu den Hintergründen der mir zur Last gelegten Tat abgegeben. Hierbei unterbrach mich Frau_Herr und hinderte mich daran, diese Erklärung fortzusetzen. Dadurch wurde mein Grundrecht auf rechtliches Gehör verletzt, so wie es beispielsweise im Kommentar zur StPO von Meyer-Goßner beschrieben wird:

„Rechtliches Gehör (Art 103 Abs. 1 GG) muss jedermann vor Gericht erhalten. Der Anspruch bedeutet, dass dem Betroffenen Gelegenheit gegeben werden muss, sich dem Gericht gegenüber zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu äußern (BVerfGE 60, 175, 210 = NJW 82, 1579), Anträge zu stellen und Ausführungen zu machen (BVerfGE 6, 19, 20 = NJW 57, 17 L; BVerfGE 36, 85, 87 = NJW 74, 133), und dass das Gericht seine Ausführungen zur Kenntnis nehmen und in Erwägung ziehen muss (BVerfGE 64, 135, 144 = NJW 83, 2762; BVerfGE 65, 305, 307 = NJW 84, 1026; BGH 28, 44 46 mwN).“

„Auf die Pflicht zur Wahrung der Menschenwürde geht dieses Recht [auf rechtliches Gehör, Anm. d. Antragsstellers] zurück (BVerfGE 7, 275, 279; Rüping Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs und seine Bedeutung im Strafverfahren, 1976: anthropologischer Ansatz; Schneider NJW 77, 873 ff über den Zusammenhang mit der Mitwirkung des Verteidigers). Es soll verhindern, dass der Mensch zum bloßen Objekt eines Verfahrens gemacht wird (BVerfGE 7, 53, 58 = NJW 59, 427), dient also keineswegs nur der Erforschung der Wahrheit.“
(Lutz Meyer-Goßner, Strafprozessordnung, Verlag C.H. Beck, 51. Auflage aus dem Jahr 2008, Seite 5)

Der Eindruck das Herr_in ... mir gegenüber befangen ist wird besonders deutlich sichtbar, wenn mensch den Inhalt dessen berücksichtigt, was ich vor Gericht nicht äußern durfte:

Durch diese Beschneidung meiner prozessualen Rechte entsteht der begründete Verdacht, dass Herr_Frau ... mir gegenüber befangen ist. Daher ist er abzulehnen.

Dieser Antrag wurde als direkte Reaktion auf das konkrete Verhalten des_r Richters_in in der Hauptverhandlung ausformuliert und anschließend gestellt, daher ist er fristgerecht vorgebracht worden.

Glaubhaftmachung:

- Protokoll der Verhandlung vom
- Zeugnis/ Dienstliche Erklärung des_r vorsitzenden Richters_in